

Analyse

Arkadi Abramowitsch Der 19-jährige russische Nachwuchsoligarch hat sich in Sibirien ein Ölfeld gekauft. Von Zita Affentranger

Wie der Vater, so der Sohn

«Meinem Vater gehört ein ganzes Erdöl», pflegte Arkadi von seinem Papawitsch zu schwärmen, bis er durch der reichste Mann der Welt heute mit 13 Milliarden Dollar der neuntreichste Russe. Am Geburtstag soll sich der junge Mann seinem Vater, dem auch der russische Fussballclub Chelsea gehört, den Verein Manchester United gewünscht haben. Doch offenbar kann es selbst für die Söhne passieren, dass ihre Wünsche nicht in Erfüllung gehen.

Letztes Jahr hat der junge Mann das Heft selber in die Hand genommen und wegen der Übernahme des dänischen Fussballmeisters FC Kopenhagen gleich selber verhandelt. Doch der Vater winkte ab und versprach, ihm dafür Chelsea zu überlassen.



hiesslich schenkte der Oligarch seinem Sohn eine eigene Firma: ARA Capital - ARA wie Arkadi Romanowitsch Abramowitsch. Im September wird er 20 Jahre alt und ist offenbar bereift. Statt in die schillernde Fussballwelt ist er nun ins Ölbusiness eingestiegen und hat sich mit 46 Millionen Dollar ein Ölfeld in Sibirien gekauft.

Arkadi Abramowitsch gehört zu den Kindern, die mit dem sprichwörtlichen goldenen Löffel im Mund zur Welt gekommen sind - oder wohl treffender: mit einem ganzen Set davon. Der Junge entstammt Ehe Nummer 2 des russischen Oligarchen. Die Scheidung der Eltern im Jahr 2007 soll die teuerste der Welt gewesen sein. Grosse Teile seines Vermögens überschrieb Roman Abramowitsch damals seinen Söhnen. Sein ältester Sohn blieb zunächst bei der Mutter, schloss sich dann aber dem Vater an und bekam

schnell das Image des Nachfolgers.

Wie andere Söhne mit ihren Vätern zum Fussballspiel ihres Lieblingsclubs gehen, hat Arkadi den seinen offenbar beim Kauf von Chelsea beraten und hilft ihm auch beim Aussuchen der Spieler. Im Stadion in London ist er zusammen mit dem Vater und seinen Schulkameraden Stammgast. Nächstes Jahr will der junge Mann, der den grössten Teil seiner Ausbildung in Grossbritannien genossen hat, an einer führenden Universität in den USA sein Studium aufnehmen, so zumindest plant es sein Vater. Anfang Jahr hat er in London ein Praktikum bei der russischen Investmentbank WTB gemacht. Der Erfolg im Big Business liege wohl in den Genen begründet, sagte die Moderatorin von Doschd-TV zu Beginn ihrer Berichterstattung mit einem leisen Seufzer. Der Fernsehseher zeigte ein Familienfoto des Junior-Oligarchen, wie er Geldtürme

aus Rubelstücken baut.

Ansonsten weiss man wenig Privates über Arkadi Abramowitsch: Sein Leben ist wie das russischer Politikerkinder, von denen es oft nicht einmal Fotos gibt, faktisch ein Staatsgeheimnis.

Arkadi ist keineswegs der einzige Oligarchennachwuchs, der in die Fussstapfen des Vaters tritt. Als erster «Baby-Oligarch» trat Nikolai Smolenski auf. Sein Vater, Ex-Banker Alexander Smolenski, ist ein guter Freund von Roman Abramowitsch. Er war während des Bankencrashes 1998 Chef der grossen russischen Bank SBS-Agro, deren Zusammenbruch unzählige Russen arm machte. Im Gegensatz zu ihnen konnte Smolenski Senior sein Geld ins Ausland retten. Smolenski Junior handelt heute mit chicen Luxuskarossen. Erstaunlich ist auch die Karriere des Sohns von Oligarch Alexander Lebedew. Der Besitzer des Märchenhotels Gütsch in Luzern hat

Kolumne **Rudolf Strahm**

Weshalb der Rohstoffhandel für die Schweiz gefährlich ist

«Drei Regierungen Südamerikas setzen der Schweiz ein Ultimatum, endlich die geforderten drei Milliarden Franken für die Säuberung und Wiederherstellung der von Quecksilber, Cyaniden und Schwefelsäure dauerhaft vergifteten Landschaften zu leisten. Bei weiterer Verzögerung nach dem jahrelangen Rechtsstreit würden die drei Länder, so ihre Drohung, sämtliche Import- und Exportgeschäfte mit der Schweiz blockieren. Rohstoffkonzerne mit Sitz in der Schweiz hatten vor Jahrzehnten beim Kupfer-, Gold- und Silberabbau riesige Landgebiete unbewohnbar gemacht und die Gewässer verseucht, die sie nach neuem Konzernhaftungsrecht nun sanieren müssten.»

Diese Pressemeldung, sagen wir aus dem Jahr 2030, ist fiktiv. Aber solche langjährigen Haftungspflichten der Schweiz werden sich irgendwann, von irgendwoher einstellen. Das internationale Konzernhaftungs- und Konzernkonkurrenzrecht entwickelt sich in die Richtung einer globalen Konzernhaftung: Die Muttergesellschaft eines multinationalen Konzerns und deren Sitzstaat müssen für Schäden der Konzerntöchter in der Welt haften. Für die krummen Touren und Verluste der UBS-Tochter in den USA mussten auch die Schweizer Regierung und die Nationalbank geradestehen.

Es braucht den Druck der NGO

Mit einem fünfzigseitigen «Grundlagenbericht Rohstoffe» hat der Bundesrat vergangene Woche erstmals in der Schweizer Wirtschaftsgeschichte die Risiken des global operierenden Rohstofffirmen für unser Land zum Thema gemacht. Ohne den jahrelangen Druck der «Erklärung von Bern» und vieler weiterer kompetenter Nichtregierungsorganisationen (NGO) in andern Ländern hätte unsere Regierung das Problem noch lange unter dem Deckel behalten - obschon Schweizer Diplomaten im Ausland davon einiges zu berichten wussten.

Diese Episode zeigt einmal mehr: Die Schrittmacher bei der Einführung eines Weltbewusstseins und globaler ethischer Spielregeln bezüglich Menschenrechten, Korruptionsbekämpfung, Steuergerechtigkeit und Umweltschutz sind heute professionelle Nichtregierungsorganisationen. Wer deren Empfehlungen und Informationen ignoriert, verpasst die Weltgeschichte.

Das Hauptproblem: Wir haben eine globale Wirtschaft mit grenzenlos

operierenden multinationalen Konzernen, aber sie unterstehen meist nur nationalen Gesetzen und nützen jedes nationale Regulierungsschlupfloch irgendwo aus.

Null Steuern von Glencore

Die Schweiz bietet für globale Rohstoffhandelsfirmen ein solches Schlupfloch. Inert eines Jahrzehnts ist sie als Sitzland von heute 520 Rohstofffirmen zur grössten Rohstoffweltmacht geworden. 35% des Welthandels mit Rohöl, 60% des Handels mit Metallen, 60% des Kaffee-, 50% des Zucker- und 35% des Weltgetreidehandels werden von in der Schweiz domizilierten Rohstofffirmen abgewickelt. Drei Viertel von ihnen sind rund um den Genfersee angesiedelt, weitere in der Zuger Steueroase. Die rund 10 000 gut bezahlten Mitarbeiter sind mehrheitlich Ausländer. Unzählige der Firmen haben einen sogenannten «Sondersteuerstatus» - sie geniessen ein Steuerabkommen mit besonderen Vergünstigungen und Befreiungen. Der Chef des grössten Rohstoffkonzerns Glencore anerkennt selber, seine Firma zahle in der Schweiz keine Gewinnsteuern. Und «dank» der Unternehmenssteuerreform II wird dies auch bei den Dividenden noch jahrelang der Fall sein.

Eine offizielle Erfassung und Meldepflicht für Rohstofffirmen besteht bei uns nicht - obschon sich die Schweiz mit einigen von ihnen grosse Risiken aufbürdet. Der Bund kennt jeden Bauernhof, zählt die Zahl der Ziegenböcke, Schafe und Sauen, aber beim Schattenbusiness der hier ansässigen Rohstofffirmen mit 760 Milliarden Franken Globalumsatz kann er sich bloss auf Schätzungen berufen. Von den 520 Transithandelsfirmen sind nur etwa ein Dutzend an der Börse registriert und bloss etwa 100 im Handelsregister eingetragen. Meist kennt man nur die Strohmänner und Rechtsanwälte, und die eigentlichen Besitzer und Hintermänner (die «Beneficial owners») sind unbekannt. Unter den Eignern figurieren russische Oligarchen, unbekannt asiatische Neureiche und anonyme Investmentgesellschaften.

Der bundesrätliche Rohstoffbericht zeigt immerhin recht deutlich und redlich die Risiken, die der Schweiz durch das Rohstoff-Schattenbusiness erwachsen können: Reputationsrisiken, weil die Schweiz als Sitzland den Firmen das Schweizer Gütesiegel erlaubt. Die Ölfirma Transocean mit

Sitz in Zug, die im Golf von Mexiko eine Ölkatastrophe mitverantwortet hat, gilt dort als «Schweizer Firma». Im Bericht wird recht offen die Problematik der Korruption in den Rohstoffländern dargestellt - der Bundesrat spricht sogar vom «Rohstoff-Fluch» mancher Entwicklungsländer. Er verschweigt auch nicht die langfristigen Umwelt- und Gesundheitsrisiken des Mineralienabbaus.

In der Frage, was zu tun ist, macht der Bundesrat jedoch eine Kehrtwende. Trotz der von ihm aufgezählten Risiken für die offizielle Schweiz überlässt er die Handlungsverantwortung den Firmen. Er fordert von ihnen eine «verantwortungsvolle Unternehmensführung» in Eigenverantwortung und Selbstregulierung. Dies ausgerechnet von einer Branche, die neben dem Waffengeschäft das weltweit höchste Korruptionspotenzial aufweist!

Wieder wird zu lang gewartet

Die US-Regierung verlangt von ihren Rohstofffirmen, sämtliche Zahlungen an ausländische Regierungen und Minister über 100 000 Dollar zu publizieren. Die EU wird die Rohstofffirmen mit der Finanzmarktrichtlinie MiFid II kontrollieren. Warum zieht die Schweiz nicht sofort nach? Warum wartet man erneut, bis uns das Ausland das Messer an den Hals setzt? Man müsste erstens eine Registrierungspflicht einführen, zweitens Transparenz über Umsätze und Besteuerung herstellen und drittens die Firmensitz-Haftung für die Konzerne verstärken.

Bei der Steuerfluchtbekämpfung verschleift die Schweiz die ab 1999 eingeführten globalen OECD-Regeln. Jahre später zahlten die UBS, die Credit Suisse und Schweizer Bankhäuser diese Unterlassung mit schweren US-Sanktionen und die Schweiz mit einem Reputationschaden, unter dem wir bis heute leiden.

Gouverner c'est prévoir - Regieren heisst vorausschauen. Erneut scheint der Bundesrat die Lehren der Vergangenheit zu ignorieren. Doch wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.



Rudolf Strahm

Der vormalige Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Herrmann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



Ihr kann die Krise nicht schlimm genug sein: Marine Le Pen. Foto: Pascal Rossignol (Reuters)

Front National Marine Le Pen etabliert sich: Sie wird von der Populistin zur Politikerin. Von Oliver Meiler

Das banale Böse

Sie braucht nicht zu poltern, damit man sie hört. Nicht mehr. Marine Le Pen, Tochter Jean-Maries, Chefin des rechtsextremen französischen Front National, hat sich etabliert, gewissermassen banalisiert - das ist die höchste Stufe ihrer Strategie. Ihren Vater hatten viele Franzosen für den Teufel gehalten, für einen Unhold mit revisionistischem Gedankengut. Die Tochter emanzipiert sich, entrümpelt und entteufelt die Partei. Sie vollzieht die Mutation von der Populistin zur Politikerin. Und diese Verwandlung birgt unerhört viel mehr Sprengkraft als das laute Gepolter des Alten. Gerade jetzt, in der Krise, unter dem Eindruck stetig wachsender Arbeitslosigkeit und schwindender Kaufkraft.

Ihr kann die Krise gar nicht schlimm genug sein - wirtschaftlich, sozial, moralisch. Je ohnmächtiger die etablierte Politik dabei agiert, desto mächtiger erscheint ihre Alternative. Obschon ja niemand weiss, worin sie eigentlich genau besteht. Es reicht heute schon, nie regiert zu haben, um den vielen Politikverdrossenen neue, verzweifelte Hoffnung zu stiften: Von diesem Effekt profitierten schon die Piraten in Deutschland und Beppe Grillo in Italien. Vor einer Woche wäre es dem

Front National bei einer Teilwahl fürs Abgeordnetenhaus im Departement Oise beinahe gelungen, einen weiteren Sitz zu gewinnen. 800 Stimmen fehlten. Ein Fanal?

Pessimismus ist ihr Business

Marine Le Pen meinte danach, ihre Partei sei nun das «Gravitationszentrum der französischen Politik». Die rechte Union pour un Mouvement Populaire (UMP) und den regierenden Parti Socialiste (PS) schmeisst sie mit einer gewieften Wortschöpfung in einen Topf: UMPS. Die Rechte hat zehn Jahre regiert und nichts bewegt. Die Linke regiert seit zehn Monaten und erreicht nichts. Im Volk herrscht Ernüchterung.

Diese Perspektivenlosigkeit - das ist Le Pens Business. Im Frühling 2014 finden Bürgermeisterwahlen statt. Und wenn es bis dann nicht gelungen sein wird, die Spirale der Arbeitslosigkeit zu stoppen, wie das François Hollande regelmässig verheisst, dann könnte der Front National tatsächlich eine Welle auslösen. Nicht so sehr mit seinem Programm. Sondern mit seinem Anti-programm: Anti-Euro, Anti-Europa, Anti-Immigration, Anti-Globalisierung, Anti-Establishment, irgendwie Anti-Politik. Das reicht heute schon.